

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 3

Artikel: Soziale Struktur und Entwicklung

Autor: Umrath, Heinz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354495>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sondern reine Technokraten sind bisher zum Zuge gekommen, wie die Führungswechsel in Stettin, Danzig und an der Spitze der Bauernpartei beweisen.

Einen Warschauer Frühling wird es also kaum geben. So dürfte der latente Unruheherd Polen weiterbestehen und die ungelöste Wirtschaftsproblematik ebenfalls. Gierek besitzt einfach nicht den Spielraum für echte Reformen.

Bruno Schläppi, Wien

Soziale Struktur und Entwicklung

Vom 14. bis 18. Dezember fand in Israel der Zweite Weltkongress von Ingenieuren und Architekten statt. Im Rahmen dieser Tagung hielt Heinz Umrath ein Grundsatzreferat über «Soziale Struktur und Entwicklung». Heinz Umrath ist ein bekannter holländischer Gewerkschafter, der heute als Sekretär des Wohnungsbau-Ausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften eine rege und viel beachtete Tätigkeit entfaltet.

Wenn man der vorletzte Sprecher ist, dann muss man sparsam mit der Sprechzeit umgehen, wie wir mit allen unseren Produktionsmitteln in der ganzen Welt sparsam sein müssen. Aber man kommt stets in eine Situation, von der wir in Holland sagen, dass das meiste Gras vor unseren Füssen schon weggemäht ist. Ich will daher versuchen, einige Punkte zu betonen, welche die andere Seite der Medaille aufzeigen, und ich werde damit vielleicht einigen Vorendnern widersprechen. Diese Widersprüche beruhen jedoch auf den jüngsten Berichten der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

In einigen Punkten werde ich vielleicht noch weiter gehen; aber wenn ich über Zahlen und Prognosen spreche, dann sind es nicht meine Behauptungen, sondern die der Uno-Organisationen. Ich möchte mit einem kurzen Zitat aus der Präambel der Uno-Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade 1971 bis 1980 beginnen, die am 24. Oktober 1970 von der Allgemeinen Versammlung angenommen wurde. «Das Endziel der Entwicklung muss hierin bestehen, dass bleibende Verbesserung für das Wohlsein des Individuums erreicht wird und der Fortschritt allen zugute kommt.» Alle Sprecher haben das bereits hervorgehoben; aber der Text geht weiter: «Wenn unzulässige Privilegien, übergrosser Reichtum und soziale Ungerechtigkeit bestehen bleiben, dann wird die Entwicklungsstrategie ihre wesentlichen Ziele nicht erreichen.»

Dies muss unser Ausgangspunkt sein. Wir können nicht einfach planen und mit der ganzen sozialen und ökonomischen Struktur weitergehen, wie wir das bisher getan haben. Viel wurde über Industrialisierung gesprochen; aber während der ersten Entwicklungsdekade hat die Industrialisierung im allgemeinen nicht genügend

Beschäftigung zustande gebracht. Es gibt Länder mit hohen Wachstumsraten (z. B. Venezuela) und gleichzeitig mit Hunderttausenden mehr Arbeitslosen als 1960. In unseren Dokumenten werden in einem Bericht von Herrn Rothman aus Argentinien Zahlen aus der Provinz Santa Fé genannt. Die Produktion stieg in den zehn Jahren 1955 bis 1965 um 20 Prozent, aber die Beschäftigung in der Industrie nahm in diesem Land mit einem der höchsten Bevölkerungsüberschüsse um 12 Prozent ab.

Aus diesem Grund wird in vielen Uno-Dokumenten das Problem der Arbeitslosigkeit, der Unterbeschäftigung und arbeitsintensiver Methoden unterstrichen. Das Weltbeschäftigungsprogramm bildet den Beitrag der IAO für die zweite Entwicklungsdekade.

In diesem Programm spielen arbeitsintensive Methoden eine sehr entscheidende Rolle, und die Uno-Strategie hat diesen Gedanken übernommen. Ich zitiere wiederum: «Entwicklungsänder werden ihre fiskalische, monetäre, Handels- und andere Politiken untersuchen im Hinblick auf die Förderung von sowohl Beschäftigung als auch Wachstum. Immer wenn die Technologie dies zulässt, werden sie versuchen, den Umfang der Beschäftigung zu erhöhen und sicherzustellen, dass kapitalintensive Methoden auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen sie eindeutig billiger und wirtschaftlicher sind. Sie werden soweit wie möglich Beschäftigung auf dem Lande stimulieren und auch erwägen, öffentliche Aufträge im Hoch- und Tiefbau zu vergeben, durch die Menschen eingeschaltet werden, die sonst ohne Beschäftigung bleiben würden.»

Dies führt mich zu einem weiteren Punkt. Gemäss dem IAO-Programm besteht eines der grössten Probleme für die Entwicklungsländer darin, dass im Gegensatz zu der Zeit der industriellen Revolution die moderne Industrie nicht arbeitsintensiv und dadurch nicht in der Lage ist, den Ueberschuss an Arbeitskräften aufzufangen. Wir müssen damit rechnen, so sagt diese prominente Organisation, dass 1980 nicht weniger als 60 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern auf dem Lande leben wird.

Dazu kommt, dass wir *die grauenvollen Probleme der planlos wachsenden Städte* nur dann mildern, nicht etwa lösen können, wenn wir versuchen, Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande zu schaffen, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Sektoren. Ich habe den Eindruck, dass wir in unseren Diskussionen über Industrialisierung, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität viel zu sehr auf die mikro-ökonomischen Resultate der individuellen Unternehmen oder eines individuellen Landes schauen und vergessen, dass wir es mit makro-ökonomischen Problemen zu tun haben.

Obwohl ich, bevor ich bei den Gewerkschaften tätig wurde, in einem der modernsten Industrie-Unternehmen gearbeitet habe, wage ich zur Verdeutlichung die theoretische Frage zu stellen, ob in

Indien hergestellte Spinnräder nicht wirtschaftlicher sind als mechanische Spinnereien, die Hunderttausende von Menschen jeder Möglichkeit berauben, auch nur einen Pfennig zu verdienen, da die Spinnmaschinen aus anderen Ländern importiert werden müssen, d. h., dass man Beschäftigung und Arbeitskraft, die in diesen Maschinen eingefroren sind, importiert.

Nirgends ist dieses Problem so ernst wie in der Bauwirtschaft. Die Einfuhr von Fabriken für grosse Betonelemente bedeutet, dass man französische oder dänische Arbeitskraft importiert und einheimische Menschen auf die Strasse setzt, während wir in unseren eigenen Ländern dieses System nur darum gebrauchen, weil wir zu wenig Arbeitskräfte haben.

Ich komme zum nächsten Punkt: Die Uno-Strategie geht davon aus, dass die Ersparnisse in den Entwicklungsländern um 0,5 Prozent pro Jahr steigen und 1980 20 Prozent des Sozialproduktes erreichen werden. In meinem Land – Holland – sind wir sehr stolz, dass unsere Ersparnisse 21 Prozent des Sozialproduktes betragen, und in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien ist es sogar weniger. Trotzdem bin ich bereit, die Notwendigkeit zu akzeptieren. Aber dann erhebt sich die Frage: Wer wird der Eigentümer dieses Vermögens, das in der Form von Investitionen mit Hilfe der gesamten Bevölkerung geschaffen wird? Dies ist bereits ein sehr ernstes Problem in unseren Industrieländern, weil die Arbeiter sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie den Preis für die Investitionen zahlen, die immer das Eigentum einer kleinen Gruppe bleiben und sich zu einer politischen und wirtschaftlichen Macht entwickeln, die die Welt beherrscht. Dies ist ein Problem, das wir nicht übersehen können. *Man sollte nicht erwarten, dass man lediglich mit Industrialisierung, Investitionen und Computern eine Welt von zufriedenen Menschen schafft, selbst wenn man ein Paradies zustande brächte.*

Hieraus ergibt sich die nächste Frage: Wo werden wir investieren, wenn die gewaltige Menge von Sparkapital, das hierfür zur Verfügung steht, in den Händen von wenigen bleibt? Ich habe prominente Volkswirtschaftler gefragt: «Warum glauben Sie, dass nur Industrialisierung produktiv ist, während Sie den Bau von Wohnungen oder Krankenhäusern als nicht-produktive soziale Investitionen bezeichnen? Das heisst, dass Sie mit dem Bau einer Zigarettenfabrik einverstanden sind; aber wenn das betreffende Land ein Krankenhaus bauen will, dann ist es eine soziale Investition, wofür man kein Geld hat. Und die Menschen, die vom Zigarettenrauchen Krebs bekommen, können nicht behandelt und wieder produktiv gemacht werden.» Nach vielen Jahren von Diskussionen kann man nun in dem Bericht des Uno-Ausschusses für Entwicklungsplanung den Gedanken finden, dass soziale Investitionen – vor allem im Wohnungsbau – eine viel weitergehende wirtschaftliche Bedeutung haben als

die reine Rentabilität des einzelnen Vorhabens, und dass wir diese ausserordentlich wichtige Tatsache bisher übersehen haben.

Ministerpräsidentin Golda Meir hat mit Recht betont, dass ein Kind nicht lernen und kein guter Bürger und Produzent werden kann, solange es nicht genügend gute Wohnungen gibt. Darum müssen wir bei der umfassenden Planung das Argument und die Tatsachen berücksichtigen, dass es nicht möglich ist, eine produktive Generation ohne soziale Investitionen von sehr grossem Umfang aufwachsen zu lassen. Das gilt für uns alle, denn wir müssen mehr Bescheidenheit zeigen, nicht nur beim Planen oder bei unseren Erwartungen von der Planung, sondern auch in unserer Lebensweise. Wir sprechen über Extravaganz, und wir sind alle extravagant, während die Welt vor dem Abgrund steht. Wir müssen in unserer Gesellschaft des Ueberflusses, aber auch in den herrschenden Kreisen gewisser Entwicklungsländer, unsere Grundeinstellung ändern, was eine der schwierigsten Aufgaben ist.

Dies führt wiederum zu einem weiteren Punkt, der besonders gut durch eine Gruppe von sozialen und ökonomischen Sachverständigen unter Professor Myrdal formuliert wurde. Sie wiesen darauf hin, dass im Rahmen der Erziehung und des sozialen Bereichs allgemein unsere Werte oft die Werteskala der oberen Klasse widerspiegeln. Das Ergebnis davon ist die Bevorzugung der höheren Ausbildung und der Hochschulen im Gegensatz zur Grundschule und der allgemeinen und literarischen Bildung im Gegensatz zur Berufsausbildung. *Das Versagen bei der Schulung von Menschen für die wirkliche Aufgabe im Rahmen der Entwicklung ist daher oft nicht der Ausdruck der Erziehung oder der Zweckmässigkeit der Arbeitsmarktpolitik, sondern von sozialen Verhältnissen und Werten.*

Diese Werte zeigen sich auch häufig bei Einkommens- und Gehaltsstrukturen, die oft auf Prestige zurückzuführen sind und die sehr leicht einen ungünstigen Einfluss auf ökonomische Anreize haben können. Das ist auch in den Industrieländern ein sehr ernstes Problem. 1952 erklärte der Wohnungsbau-Ausschuss der Freien Gewerkschaften in einem Bericht über Mietpolitik, dass jeder Arbeiter genug verdienen müsste, um die tatsächliche Kostenmiete zu zahlen, und dass besonders die Gruppen mit niedrigen Einkommen hierzu in der Lage sein sollen. Daher müsse der grösste Teil des durch höhere Produktivität gewonnenen Wirtschaftswachstums den niedrig Bezahlten zugute kommen. Heute, beinahe 20 Jahre später, liegt ein neuer Bericht über die Wohnungssituation der Gruppen mit niedrigem Einkommen vor, und wir stellten fest, dass selbst in Ländern, wo die Gewerkschaften eine bewusste Politik einer mehr als durchschnittlichen Erhöhung der Mindesteinkommen betreiben, der Erfolg gering war. Offensichtlich ist die Einkommensverteilung zwischen hoch und niedrig, zwischen entwickelten und Entwicklungsländern

ländern ausserordentlich unbeweglich. Es ist eines der schwierigsten Probleme, das wir lösen müssen. Aber wir müssen es lösen.

Ich meine, dass dies einige Beispiele sind für die Hintergründe der Probleme, die im Zusammenhang mit der sozialen Infrastruktur der Entwicklungsstrategie in der nahen Zukunft an uns herantreten. Wir laufen Gefahr, mehr und mehr zu produzieren und stolz auf unser ökonomisches Wachstum zu weisen, während die neuen Volkswirtschaftler darauf hinweisen, dass wir weniger schnell gewachsen sind als wir dachten. Wir haben nie dasjenige berücksichtigt, was wir investieren mussten, um gutzumachen, was die Industrialisierung zerstörte. Dies zeigt ein Beispiel, das nichts mit Profit und Kapitalismus zu tun hat: Es ist bekannt, dass Holland neues Land geschaffen hat in der Zuidersee; dabei liessen wir für die Erholung ein paar Seen bestehen. Wir mussten nun feststellen, dass die Zuidersee die grösste natürliche Kläranlage unseres Landes war. Jetzt gehen die Abflüsse in diese kleinen Seen, und wir müssen für Millionen und aber Millionen Kläranlagen bauen. Diese Kosten haben wir bisher als Produktion unserem Sozialprodukt zugerechnet. Aber jetzt wissen wir, dass wir sie abziehen müssen. Wenn wir nicht rechtzeitig soziale Störungen auffangen, müssen wir ihre Kosten in Rechnung stellen. Das dürfen wir nicht vergessen.

Dies bringt mich zu meinem letzten Punkt: Wir müssen uns darüber klar sein, *dass die Entwicklungsplanung auch in den Industrieländern zu einer Integration sozialer und wirtschaftlicher Ziele führen muss*. Die Bürger der industrialisierten Welt können nicht übersehen, dass das Ziel eines Beitrages von 1 Prozent oder mehr des Sozialproduktes für die Entwicklung der Dritten Welt nur dann erreicht werden kann, wenn die eigene Entwicklung verlangsamt wird. Das braucht vielleicht nicht viel zu sein, und wenn wir an unsere Extravaganz denken, dann sollten wir bereit sein, dies zu akzeptieren.

Aber eine dauernde Verbesserung kann in den Entwicklungsländern nur erreicht werden, *wenn die Struktur des Welthandels verändert wird*. Die Entwicklungsländer müssen für ihre wachsende Landwirtschaft und Industrie in den reichen Nationen Absatzmärkte finden. Aber eine solche Politik bedeutet, dass die Beschäftigung in gewissen Sektoren der Industrieländer zurückgehen wird. Das ist eine der Konsequenzen der künftigen Handelsstruktur. Ich muss darauf hinweisen, dass in meinem Land dies die offizielle Regierungsrichtlinie für die kommende Dekade ist. Diese und andere sozialen Folgen müssen sofort einkalkuliert werden, sonst steigt die Arbeitslosigkeit, wie das in den Vereinigten Staaten in Folge einer geringen Einschränkung der Waffenproduktion der Fall ist. Planen muss man im voraus.

Wir haben das Beispiel des beinahe reibungslosen Uebergangs von einheimischer Kohle auf importiertes Oel als wichtigste Ener-

giequelle in verschiedenen europäischen Ländern. Dies zeigt, dass ein solcher Uebergang erträglich gemacht werden kann, wenn die notwendigen Schritte im Rahmen einer integrierten Planung für die soziale und ökonomische Entwicklung unternommen werden.

Ich glaube, dass die Botschaft Israels an die Entwicklungsländer nicht so sehr in der ökonomischen und technischen Entwicklung liegt, die man mit rein technokratischen Mitteln erreichen kann. Aber trotz der dauernden Notwendigkeit, einen sehr grossen Teil aller wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Sicherheit aufzuopfern, hat Israel nie *das eigentliche Ziel wahrer Entwicklung* vergessen: *die volle Entwicklung eines jeden menschlichen Individuums.*

Heinz Umrath, Amsterdam

Zeitschriften-Rundschau

Günter Grass im Gespräch

Heft 2 der seit Beginn dieses Jahres monatlich erscheinenden «*Neuen Gesellschaft*», zu deren Herausgeber Willy Brandt und Otto Brenner sowie die Professoren Schiller und Schmid gehören, enthält ein Interview des Chefredakteurs dieser Zeitschrift, Leo Bauer, mit dem Schriftsteller Günter Grass.

Leider ist es dem Interviewer in diesem Gespräch nicht gelungen, substantiell soviel Lesenswertes herauszuholen wie bei früheren Gesprächen mit deutschen und internationalen Persönlichkeiten. Dieser Mangel dürfte nicht in erster Linie auf das Konto des Befragers gehen, sondern eher bei den wenig überzeugenden Antworten Grass' liegen. Viele der von ihm zitierten Probleme und Beispiele werden so simplifiziert, dass der Leser auch bei richtig wiedergegebenen Beispielen misstrauisch werden muss. Das gilt sowohl für den mehr ideologischen Teil seiner Antworten, die auf Persönlichkeiten wie Lenin, Bernstein, Luxemburg und Hegel Bezug nehmen, wie auch auf den pragmatischen Teil. Hier ein Beispiel: Mit Recht misst Grass dem von Willy Brandt besonders geförderten Umweltschutz grosse Bedeutung bei. Er verweist dabei speziell auf die letzten Nachrichten, die von einer immer stärker werdenden Verschmutzung des Bodensees und der Ostsee berichten. Richtigerweise stellt Grass fest:

«Bisher sprach man immer vom Schutz des Eigentums, indem man den anti-quirten Begriff von Privatbesitz schützen wollte. Jetzt muss man den Bürgern erst erklären, was und wieviel mehr ihm eigentlich gehört.» Nun kommt er auf die Schweiz zu sprechen, «wo das Schulhaus den Bürgern gehört, die Strassen ihnen gehören, der See und die Flüsse ihnen gehören...» weshalb es in der Schweiz – nach Ansicht von Grass – viel einfacher ist, die Gewässer vor der Verschmutzung zu schützen. Günter Grass würde es wahrlich nichts schaden, sich einmal etwas intensiver mit dem Problem der Gewässerverschmutzung in der Schweiz zu befassen.

Massenmedien und Arbeiterbewegung

Edwin Knuchel, Zentralsekretär des Arbus (Arbeitnehmer-Radio- und -Fernsehbund der Schweiz) befasste sich in einem grösseren Referat anlässlich eines internationalen Seminars der Georg von Vollmar Akademie in Rotschuo bei Gersau mit dem Thema «Massenmedien und Arbeiterbewegung.» Die in Bern erscheinende nonkonformistische Monatsschrift «*neutralität*» veröffentlicht nun in ihrem Januar-Heft einen Auszug aus diesem Referat.

Die Attacke, die Edwin Knuchel gegen die SRG und gegen die Politik der Massenmedien überhaupt reitet, wird von der «*neutralität*» zum richtigen Zeit-